MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 8. Dezember 1925
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 20–32. Fernsprecher: Amt Hansebelde 3979–5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Welt und Wert • Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr • Volk im Bild.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. für 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

64. Jahrgang
Nr. 577
8 12. a
12 Seiten

Zum Tage.

Die Geschäftsaufsichtsverordnung soll beseitigt und durch ein Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses ersetzt werden. Die Geschäftsaufsicht ist vielfach mißbraucht worden. Zahlreiche Schuldner haben auf diesem Wege ein Moratorium erreicht, obgleich sie keine Möglichkeit mehr hatten, sich wieder in die Höhe zu bringen. Die Geschäftsaufsicht war aber nur als Mittel gedacht, um augenblickliche Zahlungsstockungen zu überwinden. Eine traurige Kennzeichnung der unverbesserlichen Wirtschaftslage ergibt die Feststellung, daß die angeordneten Geschäftsaufsichten von 379 im August auf 967 im November 1925 angestiegen sind. Nun will die Regierung, wie ein Referentenentwurf zeigt, einen anderen Weg einschlagen, um lebensfähige, aber von augenblicklichen Verlegenheiten bedrängte Unternehmungen zu fördern. Außergerichtliche Affäre werden schon jetzt vielfach angestrebt und abgeschlossen. Sie scheitern aber häufig an dem Eigensinn und der Unnachgiebigkeit einzelner Gläubiger mit persönlichmäßig geringen Forderungen. Es soll nun ein Verfahren ermöglicht werden, durch das eine Majorisierung solcher Minderheiten ermöglicht wird. Das Gericht, also der Konkursrichter, soll jedoch erst dann die Leitung dieses Verfahrens zur Abwendung des Konkurses durch Zwangsvergleich in die Hand nehmen, wenn von dem Gemeinschuldner ein verständiger und genau formulierter Vergleich vorgeschlagen wird und Aussicht besteht, daß die übrigen einzelne Zahl der Gläubiger zu einem Beschluß in bestimmter Frist gezeigt ist. Ein solches Verfahren würde die schweren Folgen vermeiden, die das Konkursverfahren mit der notwendigen Lähmung des Geschäfts und der Verschleuderung der wirtschaftlichen Existenz des Gemeinschuldners infolge der stets eintretenden Verschleuderung der überhaupt zu liquidierenden Vermögensmasse herbeiführt.

★

Loucheur hat die erste Hürde genommen. Die Bank von Frankreich wird dem französischen Schatzamt 6 Milliarden Franken neue Noten zufließen lassen und das Notenkontingent der Bank wird um 7,5 Milliarden Franken erhöht werden. Damit stellen sich die Vorschüsse der Bank von Frankreich für den Schatz auf insgesamt 14 Milliarden seit Jahr 1925 auf 17,7 Milliarden Franken, die reine Inflation bedeuten. Ausgegeben sind von dieser Summe 16,898 Milliarden, so daß noch 802 Millionen verfügbar bleiben. Loucheur hat gleichzeitig mit dem Gesetz über Erhöhung der Vorschüsse der Bank von Frankreich um 6 Milliarden, eine Reihe von Steuergesetzen vom Kammer und Senat verabschiedet lassen, deren Ertrag dazu bestimmt sein soll, diese 6 Milliarden neue Noten wieder aus dem Verkehr zu ziehen, so daß die Inflation insoweit reforbiert würde. Der Finanzberichterstatter des Senats hat aber mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Hoffnung sich nur dann erfüllen könne, wenn das Gleichgewicht im Budget hergestellt, wenn das Rückströmen der kurzfristigen Schatzschreibungen des Staates überkompensiert werden könnte durch Ausgabe neuer Schuldtitel und wenn das Vertrauen in Staatsfinanzen und Währung wieder hergestellt würde. Dazu genügt natürlich eine Steuerung der Steuerreste um 6 Milliarden nicht. Sondern hier beginnt die große Aufgabe, deren Lösung bis jetzt noch keinem französischen Finanzminister gelungen ist. Zunächst hofft im französischen Budget auf der Einnahmeseite eine gewaltige Lücke, die ausgefüllt werden muß. Auf der Ausgabenseite müssen die Kosten für die Feldzüge in Marokko und Syrien eingeteilt werden, über die zahlenmäßige Angaben noch nicht vorliegen. Drittens müssen Mittel bereitgestellt werden zur Rückzahlung fällig werdender und prolongierter kurzfristiger Schuldverschreibungen und schließlich werden Vorschüsse an die Eisenbahn fällig. Das sind die Finanzfragen, für die der zweite Teil des Loucheurschen Finanzprogramms Lösung bringen soll.

★

Neu-Yorker Meldungen reden von einer bevorstehenden militärischen Niederlage Chang Tso-lins. Das heißt nicht sehr unzuverlässigen Nachrichten über chinesische Ereignisse aus New-York durch Telegramme aus Peking bestätigt werden, kann man damit rechnen, daß das Schicksal des noch vor kurzer Zeit mächtigsten Mannes in China sich erfüllt hat. Vielleicht dürfte Chang als einer der Hauptbeteiligten vom Schauplatz abtreten, doch hat die politische Entwicklung der letzten Jahre in China sehr häufig gezeigt, daß bereits politisch Totgesagte nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder glorreich auferstanden. Sein Rücktritt wird eine große Lücke hinterlassen. Der Jahrzehnte lang der Mandschurei und eine Stärkung des russischen Einflusses in der chinesischen Frage zur Folge haben. Eine gesteigerte russische Politik kann das Mißgeschick Chang Tso-lins zu einer Annäherung Rußlands an Japan ausnutzen. Das würde freilich zu einer Umwälzung der chinesischen Problemen beitragen, da die bisher immer noch unklare Stellung Japans zwischen England und Rußland in Osasien die Entscheidung in der Schwebe gehalten hat. Die Stellungnahme Japans zu den auf der Pekinger Zollkonferenz behandelten Fragen zeigte den chinesischen Forderungen gegenüber eine größere Nachgiebigkeit als die Haltung des englischen Vertreters. Mittlerweile hat die Zollkonferenz in Peking Anlaß zu einer Besprechung des englischen Botschafters in Washington mit dem amerikanischen Staatssekretär für das Auswärtige gegeben. Kellog soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß Amerika, entgegen dem englischen Standpunkt, bereit ist, der Forderungen Chinas bestimmt entgegenkommen. Von der Stellungnahme Japans wird es in erster Linie abhängen, ob die nächste Zeit einen günstigen Fortschritt in den außenpolitischen Verhandlungen der Pekinger Regierung und in der innerpolitischen Auseinandersetzung Chinas bringt. Sollte Japan nicht den Anschluß an General Feng finden und aus Furcht vor dem wachsenden Einfluß Rußlands im Schlepptau der englischen Politik in China weiterarbeiten, so wäre dies mit Fug und Recht als eine Politik der verpaßten Gelegenheit anzusehen.

England nicht kriegsbereit.

Konservative Stimmen gegen Baldwin wegen Mossul.

sx. **London**, 8. 12. (Eigenbericht.)

Die konservative „Daily Mail" bringt zur Erörterung der Mossul-Debatte einen aufsehenerregenden scharfen Artikel gegen den Kolonialsekretär Amery. Das Blatt, das in letzter Zeit wiederholt die Kabinettsgruppe um Churchill und die Sozialpolitik Baldwins angegriffen hat, erinnert heute an das von Baldwin vor drei Jahren im Unterhaus gegebene Versprechen, daß der Vertrag mit dem Irak auf drei Jahre abgelaufen sollte. „Wenn wir erklären würden", führt das Blatt aus, „daß wir 1926 Mesopotamien verlassen würden, dann würden keine Schwierigkeiten mit den Türken über die Mossul-Frage bestehen. Baldwin hat kein Versprechen noch nicht zurückgenommen. Es gibt eine Gruppe im Kabinett um den Kolonialsekretär Amery, die die Türken glauben machen möchte, daß wir bereit sind, für Mossul zu fechten. Dazu sind wir nicht bereit. Niemand in Großbritannien wünscht einen Kampf in Kurdistan, 690 Meilen von der See. Wir wollen keine dunkle führen, die noch mehr vom Zufall abhängen und ernster sind, als die Kämpfe Frankreichs und Spaniens in Syrien und Marokko. Wir wollen nicht im mittleren Osten im nächsten Frühjahr einen Krieg beginnen, zur selben Zeit, wo der Bergarbeiterstreik zum Ende seinem gigantischen Streik plant. Wenn kein freundschaftliches Abkommen mit der Türkei erzielt wird, dann besteht aber Kriegsgefahr. Man muß dem Kolonialsekretär Amery klarmachen, daß, wenn er die Regierung in eine schwierige Lage hineintreibt, die zum Krieg führt, die Regierung beseitigt werden wird, genau so, wie das Koalitionsministerium beseitigt wurde, als es seine Streitigkeiten mit der Türkei begann."

Die Türkei kompromißbereit?

Sofia, 8. 12. (T. U.)

Die Blätter melden aus Konstantinopel, daß sich die Türkei ernste innerpolitische Schwierigkeiten vorbereiten. Die Europäisierungspolitik Kemal Paschas habe in den weitesten Bevölkerungskreisen große Erregung hervorgerufen. Unter dem Druck der innerpolitischen Schwierigkeiten erscheine es nicht ausgeschlossen, daß es zu einem überraschenden Wechsel der Politik der Regierung in der Mossul-Frage kommen werde. Die Regierung hat bereits erklärt, England unter allen Umständen die Spitze zu bieten, zumal sie für den Fall kriegerischer Verwicklungen durch den Vertrag mit Moskau eine Rückendeckung besitze. Neuerdings scheine man aber aus innerpolitischen Gründen dazu zurückzuschrecken, eine Kriegspolitik beibehalten zu wollen. Kommenden in der Frage von Mossul gemeldet zu sein.

Frau Jurjewskaja noch nicht ausgefunden.

d. **Andermatt**, 8. 12. (Eigenbericht.)

Die Nachforschungen nach der Leiche der Sangerin Frau Jurjewskaja oder nach ihrem Verbleib sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Es hat jetzt weiter wenig Positives zutage gefördert. Das ganze Gelände, wo man verschiedene Gegenstände von ihr fand, ist jetzt scharf abgesucht, so daß die Nachforschungen auch fast unmöglich sind. Für einen Selbstmord sprechen auch die Blutspuren, die vom Straßenrande zur Rauh hinunterführen. Man nimmt an, Frau Jurjewskaja habe sich am Straßenrande niedergesetzt, und habe sich mit dem aufgefundenen Rasiermesser, eine Ader geritzt und sich dann in den Fluß hinabgleiten lassen. In ihrem Koffer befanden sich bei der Durchsuchung 100 Schweizer Franken und einen 100 Dollar-Heller. Das Motiv zu einer solchen Tat bereitet noch wie vor Rätsel. Doch werden auch Stimmen laut, die glauben, daß es sich um einen singlierten Selbstmord handelt und daß die Sängerin vielleicht sich irgendwanders hingegeben hat. Ein Kurbrunn hat man für ausgeschlossen, zumal sich im Schnee keinerlei Spuren befinden. Die Schulkinder-Schluch, in die sich die Sängerin hinabgeritzt haben soll, stößt dicht ihrer Behausung unheimlichen Charakter auf. Sie liegt auf dem Wege, der von Andermatt nach Göschenen führt.

★

In Berlin selbst ist über das geheimnisvolle Verschwinden der Frau Jurjewskaja nichts Neues zu feststellen. Im inzwischen hat man; gewordem ist, daß die Mutter der Künstlerin in Dorpat keinesfalls schwer krank, sondern vielmehr bei guter Gesundheit ist. Es fällt aber den Angang ein neuer Schleier des Geheimnisses. Man muß annehmen, daß das Dorpater Telegramm an einen Bluff nach nurfindlichen Ursache einer Fälschung sein, die bewußte Irreführung eines Unbekannten ist. Ob ihr die Künstlerin zum Opfer gefallen ist, oder ob Frau Jurjewskaja etwa von der Wahrheit bei der Telegramm der Telegramm Angaben gewußt hat und nur einen Vorwand in einem langen Dienstreisen haben wollte, ist noch zu klären.

Die Künstlerin hatte bei der Generalverwaltung der Staatsoper nur einen unbezahlten Urlaub erhalten. Sie beland sich nicht nur größeren neuen Rollen, so daß in ihrem Abwesen. Das Entgegenkommen der Berliner Kunstler, die der allen Kulturen und Kollegen sich größter Beliebtheit erfreute. In den Kreisen der Künstler erzählt man sich, daß die Ehe des Jurjewskaja mit dem früheren russischen Gardeoffizier v. Bremer durchaus glücklich ist. Man ist nicht allzu besorgt durch das jähe Ende der Künstlerin, an das man immer noch nicht recht glauben will, sondern man befürchtet sich wieder um Unterwelt der die mannigfaltigen Motive eines Selbstmordes, zumal der Künstlerin eine glänzende Laufbahn bevorstand. Die Gerüchte mit der Berliner Staatsoper in New York für eine der nächsten Saisons zwar, wie man sich erzählt, so gut wie abgeschlossen.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Keine Einigung in Genf.

Der gegensätzliche Standpunkt der Alliierten.

a. **Paris**, 8. 12. (Eigenbericht.)

Der „Matin" schreibt heute zu den Völkerbundsmitteilungen, die die zukünftige Entwaffnungskonferenz vorbereiten sollen, daß sich England und Frankreich wohl in der Frage der Schaffung von Unterkommissionen einigen konnten, aber noch keineswegs bezüglich des Programms der zukünftigen Entwaffnungskonferenz. Ueber zwei Fragen von ausschlaggebender Bedeutung konnte zwischen der englischen und französischen Auffassung keine Ueberstimmung erzielt werden: Die erste Frage betrifft die Sicherung von wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmitteln, die im Falle eines Konfliktes für das angegriffene Land bereitzustellen haben, damit dieses nicht im Nachteil gegenüber jenem Lande sei, das zwar auf dem Papier auch angegriffen habe, aber tatsächlich in der Lage sei, innerhalb einiger Wochen sich neu auszurüsten; die zweite Frage, die noch unerledigt geblieben ist, ist eine Prüfung der evtl. militärischen Hilfe. Die Besprechungen zwischen Lord Cecil und Paul-Boncour sei wohl in aller Höflichkeit verlaufen, aber doch ohne jeden Erfolg, bemerkt das Blatt. Lord Cecil findet, daß es unnütz sei, so viele Polizeiverordnungen im voraus zu bestimmen, und daß der Artikel 16 des Völkerbundsvertrages, nachdem die Mitglieder des Völkerbundes sich gegenseitige Hilfeleistung schuldig, genüge, während Paul-Boncour sich nicht mit der Abrüstung auf dem Papier begnügen will und die potentielle Bewaffnung eines Landes industrielle, finanzielle Bereitschaft usw.) berücksichtigt haben will. Es werde morgen in der Notsitzung klar werden, ob Chamberlain sich verständiger zeigen werde. Es sei um so notwendiger, sich im klaren zu sein, da Deutschland jetzt gerade, so wie Amerika, das Zustandekommen der Entwaffnungskonferenz beschleunigen wolle. „Welches ist jetzt Gedanke? Fürchtet es die Locarno-Verträge auf ihren praktischen Gehalten zu prüfstieren? Will es das europäische Festland abgerüstet sehen, um seine eigenen Pflichten im Falle eines Konfliktes zu verringern? Vielleicht wird man diese aus dem Wunde Chamberlains erfahren. Ohne klar zu sehen, besteht aber nicht viel Hoffnung, daß jene Abrüstung durchgeführt wird, die bei einer vernünftigen Auffassung eine Garantie des Friedens und des Wohlstandes würde."

Die Sekundanten Frankreichs.

seb. **Genf**, 8. 12. (Eigenbericht.)

„Was fehlt hier heute hauptsächlich unter dem Eindruck der ersten offiziellen Kommunaneedaus Diskussionen in den Ausführungen Boncours und Cecils in der Abrüstungsfrage, wobei es privat bekannt wird, daß Polen und Rumänien unbeteiligt und unbeteiligt sind. Kleine Staaten aus Polen ihre Generalstäbe schon seit Wochen in Bukarest beraten und gemeinsame Mobilisierungsvorarbeiten beschlossen. Es ist bekannt, daß Polen kommitee im ganzen genommen nicht einig werden konnte, während sich der Vertreter Rumäniens Titulescu für die Sekundanten Frankreichs ausgesprochen hat. Es ist bekannt, daß Polen ausgesprochen hat, daß Polen ein Mitgliedsrecht ausüben den Sekundanten Frankreichs, die sich die Sängerin hinabgeritzt haben soll, stößt dicht ihrer Behausung unheimlichen Charakter auf. Sie liegt auf dem Wege, der von Andermatt nach Göschenen führt.

★

In Berlin selbst ist über das geheimnisvolle Verschwinden der Frau Jurjewskaja nichts Neues zu feststellen. Im inzwischen hat man; gewordem ist, daß die Mutter der Künstlerin in Dorpat keinesfalls schwer krank, sondern vielmehr bei guter Gesundheit ist. Es fällt aber den Angang ein neuer Schleier des Geheimnisses. Man muß annehmen, daß das Dorpater Telegramm an einen Bluff nach nurfindlichen Ursache einer Fälschung sein, die bewußte Irreführung eines Unbekannten ist. Ob ihr die Künstlerin zum Opfer gefallen ist, oder ob Frau Jurjewskaja etwa von der Wahrheit bei der Telegramm der Telegramm Angaben gewußt hat und nur einen Vorwand in einem langen Dienstreisen haben wollte, ist noch zu klären.

Die Künstlerin hatte bei der Generalverwaltung der Staatsoper nur einen unbezahlten Urlaub erhalten. Sie beland sich nicht nur größeren neuen Rollen, so daß in ihrem Abwesen. Das Entgegenkommen der Berliner Kunstler, die der allen Kulturen und Kollegen sich größter Beliebtheit erfreute. In den Kreisen der Künstler erzählt man sich, daß die Ehe des Jurjewskaja mit dem früheren russischen Gardeoffizier v. Bremer durchaus glücklich ist. Man ist nicht allzu besorgt durch das jähe Ende der Künstlerin, an das man immer noch nicht recht glauben will, sondern man befürchtet sich wieder um Unterwelt der die mannigfaltigen Motive eines Selbstmordes, zumal der Künstlerin eine glänzende Laufbahn bevorstand. Die Gerüchte mit der Berliner Staatsoper in New York für eine der nächsten Saisons zwar, wie man sich erzählt, so gut wie abgeschlossen.

Südirland zur Grenzfrage.

sx. **London**, 8. 12. (Eigenbericht.)

In Dublin fand gestern die erste Lesung des neuen Vertrages im Parlament statt. Ministerpräsident Cosgrave hielt eine Rede, in der er erklärte, daß die Regierung nach dem Vertrag von 1921 verwegen. Die Opposition hat wegen der großen Bedeutung des Grenzfestes sich jetzt an die Bakers gewendet und um ihre Gutachten, um Stellung zu nehmen. Zur Opposition gehören 13 Sozialisten und 19 Bauern, die mit den 47 Republikanern gegen die 60 Sitze der amtlichen Regierungspartei die Mehrheit kommen würden. Die Parlamentsfraktion der Sinn Fein hat sich der Regierungspartei erklärt, sich der Opposition anzuschließen. Die Bakers hat darauf hin sofort die republikanischen Abgeordneten einberufen. Da der offizielle Eintritt in das Parlament die Eidesleistung erfordern würde, tagte am Vormittag das ganze südirische Parlament einstimmig für den Nordbitzer in einem Dubliner Hotel, um über die Grenzfrage zu beraten.

Gegen die Große Lüge.

Auch englische Stimmen werden laut.

London, 8. 12. (W. T. B.)

Gestern abend wurde eine von zahlreichen hervorragenden Geistlichen, Gelehrten und Schriftstellern unterzeichnete Petition veröffentlicht, die für eine Abänderung von zwei Bestimmungen des Friedensdiktates von Versailles eintritt. In einem Begleitschreiben zu dieser Petition erklärt Professor Gilbert Murray von der Universität Oxford: „Die Petition regt an, daß in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Verschwörung, die durch den deutsch-französischen Pakt und die Aussicht eines baldigen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eingeleitet wurde, zwei Bestimmungen im Versailler Vertrag, die an sich unbedeutend, aber für Deutschland besonders verstimmend sind, nach Ansicht der Unterzeichneten

schwer zu rechtfertigen

sind, fallen gelassen werden. Der Antrag kommt in erster Linie von einer Gruppe französischer Schriftsteller und Gelehrter, und eine ähnliche Gruppe in England hat ihren Appell erwidert."

Die Petition erklärte: „Ziel bisher durch das von über hundert hervorragenden französischen Männern und Frauen unterschriebene und in der „Ere Nouvelle" vom 9. Juli 1925 veröffentlichte Manifest, erklären wir, die unterzeichneten britischen Unterzeichnen, uns in herzlicher Uebereinstimmung mit dem, wofür es eintritt, nämlich, daß der Vertrag von Versailles

in zwei Punkten abgeändert

werde muß. Diese Punkte beziehen sich auf Artikel 231, der den Ursprung des Krieges einfach auf den Ausbruch Deutschlands und seiner Verbündeten" zurückführt und Artikel 227–230, die sich gegen Verstehen gegen „internationale Moralität und Heiligkeit von Verträgen" oder die Verletzung der Gesetze und Bräuche des Krieges" richten." Die Petition fährt fort: „Wir sind der Ansicht, daß diese Artikel mit Gewalt einer gebildeten Nation unter den furchtbarsten Drohungen auferlegt wurden. Die Gesetzesverfassung, die die alliierten und assoziierten Mächte damit zum Ausdruck brachten, ist jetzt zum größten Teil verschwunden. Wir sind der Ansicht, daß die Artikel offenkundig ungerecht sind und ein ernstes Hindernis für internationales Einvernehmen bilden. Daher fährt mit die Regierung bringen auf, entweder diese Artikel ohne weiteren Verzug abzuschaffen, oder wenn sich eine Abänderung des Vertrages als ein zu langwieriges und schwierigkeiten Verfahren erweisen sollte, ausdrücklich ihre Absicht zu bekunden, diese Bestimmungen unberücksichtigt zu lassen."

Unter den zahlreichen

hervorragenden Persönlichkeiten,

die diese Petition unterzeichnet haben, befinden sich Professoren der Universitäten Cambridge, Oxford, Manchester, Birmingham, Wales, Leeds, London und Liverpool, sowie die Schriftsteller Arnold Bennett, Berthard Shaw, Wells, Cangill und Margareth Winthingham, ferner der Bischof von Birmingham, Margareth Bondsfield, Brailsford, der Tetan von Westset, Courtney, John Gordon Gooch, Bischof Gore, St. Charles Hobhouse, Professor Kennes, der Bischof von Manchester, Professor Gilbert Murray und Revision.

★

Es war zu erwarten — und diese Erwartung haben wir auch aufgesprochen — daß Chamberlains offenes Auftreten gegen die Makulaerlage auch andere verständige und aufsuchende Menschen ermutigen würde, sich zur Pflicht der Wahrheitsliebe gegenüber dem Zügenzeugnis des Einkreisungskrieges zu bekennen. Die hier wiedergegebene Eingabe britischer Gelehrter und Künstler knüpft an eine ähnliche Kundgebung französischer Zivilteilnehmer an. Hier wie dort liegt noch keine Beteiligung praktischer Politiker vor. Man darf also die Bedeutung dieser Kundgebung für die politische Praxis nicht überschätzen. Aber rein menschlich kündigt sich hier doch ein erfreulicher Fortschritt an. Der Kriegsschuldlüge gegen ein ganzes Volk ist keineswegs eine besonders schlaue und bestrickende Erfindung. Sondern sie ist eine jeder Vernunft und allen altgewohnten Ueberlegungen zuwiderlaufende Lüge, die jedem die Menschheit sich so lange das bemütigende Joch einer solchen törichten Lüge hat gefallen lassen, das eben ist das Beschämende an dem ganzen Vorgang. Die Kriegsschuldlüge ist zwar auch von der französischen Propaganda gehandhabt worden, aber in der französischen Bevölkerung spielte sie eine viel weniger wichtige Rolle, als in der englischen. Darum ist jetzt die englische Kundgebung gegen die Kriegsschuldlüge bedeutungsvoller, als es die französische war. Aber leider wird hier durchaus noch nicht die Meinung der breiten Massen in England ausgesprochen; auch ist die Stellungnahme der meistgelesenen Zeitungen des Landes noch eine durchaus andere. Die englische Kundgebung ist ein Wetterzeichen des Gewissens. Sie ist als ein Erfolg der kleinen, mutigen Schar englischer Wahrheitsapostel zu betrachten, deren unverzagter Führer im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, gegen „die verderbliche Legende", Morel gewesen ist. Morel hat dieses Anfangserfolg nicht mehr erleben dürfen. Das Andenken an sein einsames, unerschrockenes Ringen wird wieder lebendig in dieser Zeit, in der die erste Sichtstunde durch die Lügennebel brechen. Es sei auch ausgesprochen, daß der Wahrheitsmut der Teilnehmer an dieser englischen Kundgebung persönlich um so mehr anzuerkennen ist, wenn man bedenkt, daß aus dem neutral gewesenen Auslande ein ähnliches Eintreten für Vernunft und Wahrheitsliebe gegenüber der Massenverbreitung des Deutschenhasses noch nicht zu vermerken war.

Im „Petit Parisien" wird der Verkauf des Tabakmonopols bestreitet. Man versprich sich davon einen sofortigen Gewinn von 20 Milliarden Franken, mit denen die transitorischen Finanzschwierigkeiten endgültig beseitigt werden können.

Vergleich statt Geschäftsaufsicht.

Der Inhalt des neuen Gesetzentwurfes.

So wird man den Gesetzentwurf sinngemäß zu überschreiben haben, der soeben dem Reichstag und Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, und der das bisherige Geschäftsaufsichtsverfahren grundlegend ändern soll. Das neue Gesetz (das im Rahmen eines großen Preisabbaugesetzes erscheinen soll) trägt den Namen „Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses". Es enthält 85 Paragraphen, die hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden können. Das neue Gesetz weicht in Grundlagen ab von der Bezeichnung dieser Geschäftsaufsicht, welch letztere sozusagen aus das Lied vom „armen Schuldner und reichen Gläubiger" gesungen war. Das neue Verfahren versucht insbesondere den Mangel zu beseitigen, welcher zweifellos der Geschäftsaufsicht anhaftete, daß es zu lange dauert. Eine außergerichtliche Aktion war bisher nur möglich, wenn alle Gläubiger zustimmen. Jetzt sollen wie im Zwangsvergleich, außerhalb des Konkurses unwillige Gläubiger, wo dessen werden können, und ihnen muß Gelegenheit gegeben sein, durch einen Antrag in kurzer Zeit entschieden werden.

Dieser Grundgedanke der Schnelligkeit des Verfahrens findet sich insbesondere schon darin, daß der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens schon einen bestimmten Vergleichsvorschlag enthalten muß; auch muß sich daraus ergeben, ob und wie die Erfüllung des Vergleichs sichergestellt werden soll. Diesen Grundzügen entsprechend ist dem Antrag schon schon ein Verzeichnis der Gläubiger und Schuldner beizufügen, ferner eine Uebersicht des Vermögensstandes des Schuldners und sogar eine schriftliche Erklärung der Mehrheit der an dem Verfahren beteiligten Gläubiger über die zurzeit bestehenden Schuldverhältnisse der von dem Vergleich betroffenen Forderungen darstellen müssen), daß sie für eine Eröffnung des Vergleichsverfahrens einverstanden sind. Innerhalb der Frist soll entschieden werden, ob das Verfahren eingeschlagen werden soll, und in kurzer Frist ist kann über den gestellten Vergleich zu entscheiden.

Die Allgemeinen Vorschriften des neuen Gesetzes besagen u. a.: Ein Schuldner, der zahlungsunfähig geworden ist, kann die Eröffnung des Verfahrens bei dem für die Eröffnung des Konkursverfahrens zuständigen Gericht der Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragen. Die Eröffnung des Vergleichsverfahrens kann auch im Falle der Ueberschuldung beantragt werden, wenn das Konkursverfahren im Falle der Ueberschuldung eröffnet werden kann. Der Schuldner hat den Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt werden. Es kann der Schuldner bei der sich § 105 Abs. 2, 3 der Konkursordnung vorgeschriebenen Anhörung die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragen.

An dem Vergleichsverfahren beteiligt und von dem Vergleich betroffen werden die Gläubiger, die nicht hinterlegte Konkursgläubiger wären, wenn statt des Vergleichsverfahrens das Konkursverfahren eröffnet worden wäre. Die Vorschriften der Konkursordnung finden entsprechende Anwendung.

Der Vergleich muß allen ihm betreffenden Gläubigern gleiche Rechte gewähren. Entfällt der Gläubiger, einen solchen Vergleich zustimmen, so kann in dem Vergleich bestimmt werden, daß der Gläubiger hinfällig tritt, wenn der Schuldner mit der Erfüllung des Vergleichs in Verzug kommt. Eine ungleiche Behandlung der Gläubiger ist nur zulässig, wenn 1. sämtliche ungleichestellten Gläubiger zustimmen oder 2. die Mehrheit der ungleichestellten Gläubiger, deren Forderungen zusteht mindestens vier Fünftel der Gesamtsumme der Forderungen der ungleichestellten Gläubiger betragen, zustimmt und das Gericht die ungleiche Behandlung zulässt. Ferner ist bei Gläubiger, deren Forderungen zusteht, die Zustimmung der Gläubiger betragen, zustimmt und das Gericht die ungleiche Behandlung zulässt. Ferner ist bei Gläubiger, deren Forderungen zusteht, die Zustimmung der Gläubiger betragen, zustimmt und das Gericht die ungleiche Behandlung zulässt.

Auf das Vergleichsverfahren finden, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung. Das Gericht hat alle das Verfahren betreffenden Ermittlungen anzustellen. Es kann zu diesem Zweck insbesondere den Schuldner oder seine Organe und Sachverständige vernehmen.

Das Gericht hat den Gläubigern Einsicht in die Gerichtsakten zu gestatten. Die Einsicht in einzelne Teile der Akten, deren Kenntnis für die Gläubiger ohne Bedeutung ist, kann verlegt werden. Die Entscheidungen des Gerichts können nur insoweit angefochten werden als das Gesetz dieses ausdrücklich bestimmt.

Aus dem Vorbergehenden ist ersichtlich, daß das neue Gesetz Aehnlichkeit mit dem bisherigen Verfahren eines Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses hat. Es werden dann auch Fragen aufgetreten sein, die Bestimmungen über die Anfechtung von Rechtshandlungen außerhalb des Konkursverfahren, vom 20. Mai 1898 in einigen Punkten geändert. Natürlich treten mit der Verkündung des neuen Gesetzes die Bestimmungen der Geschäftsaufsichtsverordnung außer Kraft. Die bei Inkrafttreten des Gesetzes anhängigen Geschäftsaufsichten werden nach den bisherigen Vorschriften weitergeführt. Wird aber nicht binnen einem Monat nach dem Inkrafttreten des Gesetzes oder, wenn die Geschäftsaufsicht nicht früher als einen Monat vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angeordnet worden ist, binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes einen Vergleich abgeschlossen, so ist die Geschäftsaufsicht aufzuheben und, auch wenn ein solcher Antrag nicht vorliegt, von Amts wegen zu aufheben, ob das Konkursverfahren zu eröffnen sei.

Beratungen der Sozialdemokraten.

Dienstagvormittag traten Parteivorstand und Parteiausschuß der sozialdemokraten zusammen, um zu der Frage der Reichspräsidentenwahl und insbesondere zu der vom Reichsprädidenten von Hindenburg gegebenen Erklärung, die sich an einer Großen Koalition beteiligen werde, Stellung zu nehmen.

Am Anschluß an den Bericht des Referat des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Hermann Müller, entwickelte sich eine Aussprache, die mit Rücksicht fortgesetzt werden soll.

Kennzeichnend für die schwierige Lage, in der die Sozialdemokratie sich befindet, ist die Strenge Parteiaktivität, die man anstäßlich über die Beratungen des Parteivorstandes bedrückt hat. Es wird auch nicht angenommen, daß die Beschlüsse, zu Parteiausschüsse bei der am Mittwoch stattfindenden Fraktionssitzung bekanntgegeben werden.

Die Zivildiktatur in Spanien.

Von unserem Berichterstatter.

U. St. **Madrid**, Anfang Dezember.

Ueber Nacht, fast als eine Ueberraschung für alle Beteiligten, ist die Militärdiktatur in Spanien in eine Zivildiktatur umgewandelt worden. Zu seit zwei Jahren fast unbestrittene Alleinherrscher Spaniens, General Primo de Rivera, Marquis de Estella, hat den nächsten Mitarbeitern des bisherigen Militärdirektoriums den Abschied erteilt, hat in einige Ressorts Zivilminister berufen, wenn auch nach wie vor das Ministerium des Innern, d. h. das Ministerium, das auf die politische Leitung des Landes den größten Einfluß ausübt, und dem Polizei und Gendarmerie unterstehen, in den Händen des erprobten Generals Martinez-Anido verbleibt. Auch auf den Kriegsminister, General Herzog von Tetuan, und auf den Marineminister, Admiral Cornejos, kann sich Primo de Rivera als auf seine intimen Mitarbeiter fest verlassen.

In Wirklichkeit ist die neue Regierung nur eine Erweiterung, eine Fortsetzung des bisherigen Systems. Aber man darf nicht mehr sagen, daß die reine Säbelherrschaft, d. h. die Herrschaft des Militärs als besonderer Kaste in Spanien, gebrochen ist. Das spanische Militär hat nie einen ausgesprochenen Klassengeist, wie es in den anderen Ländern der Fall gewesen ist, besessen. Das Offizierkorps ergänzt sich zum großen Teil aus recht bemokratischen Kreisen und erfreut sich gesellschaftlich keiner besonderen Privilegien. Es hat sich nie sonderlich um Politik gekümmert, aber stets eine ausgezeichnete Disziplin bewahrt und niemals keinen Vorgesetzten den Gehorsam verweigert. Das Militär hat nicht als solches, sondern nur als Werkzeug in den Händen politisierender Generale eigentlich entscheidend auf Spaniens Schicksal eingewirkt. Ebenso wie in den Tochterländern Südamerikas haben auch in Spanien Pronunziamientos von Generalen stattgefunden, denen Truppen ihnen stets blind gehorchten. Auf den Führer, nicht auf die Idee kam es an. So stürzte General Martinez-Campos die Furchtbare spanische Republik, so vertrieb General Primo de Rivera am 13. September 1923 die korrumpierten Cortes und stellte sich selbst an die Spitze der Regierung. Spanien brohte damals, im Chaos der Korruption zu versinken, kommunistische Agitatoren lammelten einen mehr oder weniger bedeutenden Anhang, und rufende Zustände schienen in Aussicht zu bevorzustehen. Nur Primo de Rivera ist es zu verdanken, wenn Tegen und Kreuz siegten und nicht nach dem Beispiel Moskaus die rote Fahne gehißt wurde.

In den zwei Jahren der reinen Militärdiktatur hat Spanien vollkommen sein Gesicht geändert. Seine internationale Stellung ist gebessert, das Marokkoproblem ist, wenn auch noch lange nicht gelöst, so doch den drohenden Gefahrenherd entrückt. Die Empfindung der Welt, daß in Spanien Primo de Rivera gelang, alle bisherigen Parteiführer auszuschalten, das künstliche Gewebe der Parteiinteressen und des persönlichen Ehrgeizes zu zerreißen und jene parteiunlichen Gedanken über das Parteiwesen zu erheben. Es war der lange geheigte Plan des Direktoriums, die Regierungsgewalt in Spanien wieder zu übergeben, einer Neuschöpfung der Militärregierung, d. h. einer Partei, die über allen Parteien stehen soll, die auf verfassungsmäßigen Boden gestellt, und die neue Formen in den Regierungsmethoden ausarbeiten sollte.

Die Parlamentarismus in Spanien, die Cortes mit ihrem Zweikammersystem, dem Senat und dem Abgeordnetenhause, soll nie wieder aufleben. Primo de Rivera denkt an eine Art von Ständeparlament, an eine einzige Kammer, deren Mitglieder teils vom Königs ernannt, teils von den verschiedenen Interessengruppen gewählt werden und nur zum kleinen Teil durch allgemeines Wahlrecht zustandekommen soll

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Kriegsgefangenen zu halten. Der Minister hat viel in deutschen diplomatischen Kreisen verkehrt, hat sich dort große Sympathien erworben und gilt als ein Freund Deutschlands. Der Unterrichtsminister Don Eduardo Salas ist 41 Jahre alt, hat Jura studiert und ist einer der unermüdlichsten Führer der Union patriotica. Der jüngste Minister ist der Arbeitsminister Don Chacho A. Ríos, der erst kürzlich seinen Doktor gemacht hat; er ist kaum 31 Jahre alt. Der Verkehrsminister, Graf von Quehrhase, ist ein junger, sehr tüchtiger Ingenieur, dessen Fachvorlesen überall Anerkennung gefunden haben. Aber im Grunde sind alle Minister auf ihren hohen Posten erst neuerdings Männer, die sich ihre Bedeutung erobern müssen, denn nicht ewig wird der schützende Degen Primo de Riveras über der Union patriotica bleiben.

Viele beziehen die Kaufschaffung der Regierung als einen Dummbruch und meinen, die Sturmflut werde hereinbrechen und Spanien von neuem chaotische Zustände bringen. Wenn das Militär, was es zu hoffen ist, treu bleibt und sich nicht von politischen Intriganten verführen läßt, so darf mit keinerlei Unruhen gerechnet werden. Die Spanier sind politisch indolent geworden und zeigen nicht die geringste Neigung, wegen politischer Wahngebilde sich in Revolutionen zu stürzen. Im allgemeinen hat die Wiederordnung der Militärdiktatur als eine Zivildiktatur mehr Aufsehen im Auslande als in Spanien selbst erregt. Man hat hier davon Kenntnis genommen und sich mit der Tatsache vertraut. In der Tat kann man der neuen Regierung im voraus wieder ein gutes noch ein schlechtes Horoskop stellen. Es heißt abwarten!

Der Kampf um das Mietsgesetz in Oesterreich.

kbg. Wien, 8. 12. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei hat über 460 Versammlungen in Wien abgehalten, um gegen die Verkürzung des Mieterschutzes zu protestieren. Die Versammlungen wiesen einen Massenbesuch auf; die Zahl der Teilnehmer wird auf über 100 000 geschätzt. Die bedeutendsten Sprecher dieser Versammlungen, wie Dr. Otto Bauer, Bürgermeister Seitz usw., haben jedes Kommen mit in der Frage der Mietzinserhöhung abgelehnt. Die parlamentarische Behandlung der heftigsten Mieterzinssteigerungen wird sich daher recht schwierig gestalten. Der Weg zur Erörterung der Mieterschutzvorlage wäre nun frei, nachdem die Budgetvorlage von Finanzausschuß bereits erledigt worden ist.

Bürgerliche Mehrheit in Stuttgart.

fik. Stuttgart, 8. 12. (Eigenbericht.)

Das jetzt vorliegende Gesamtresultat der Stuttgarter Gemeinderatswahlen, bei welchen infolge des Ausscheidens von Gemeinderätsmitgliedern 30 Sitze neu zu besetzen waren, läßt erkennen, daß bei einer geringen Wahlbeteiligung von 57,6 Prozent eine Schwächung der bürgerlichen Mehrheit nicht eingetreten ist. Die Gesamtzahl der bürgerlichen Gemeinderäte, nichtsozialistisch bei Besoldeten, beträgt nach wie vor 40 gegen 24 nichtbürgerliche Vertreter. Als besonderes Merkmal mag eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses bei den nichtsozialistischen Parteien zugunsten der Kommunisten hervorgehoben werden.

Nach dem amtlichen Ergebnis wurden neugewählt: Sozialdemokratische Partei 8, so daß die Gesamtzahl im Gemeinderat 15 beträgt, Bürgerpartei 5, Gesamtzahl 12, Demokraten 5, Gesamtzahl 11, Kommunisten 5, Gesamtzahl 9, Zentrum 3, Gesamtzahl 3, Deutsche Volkspartei 2, Gesamtzahl 6, Christlicher Volksdienst 2, Gesamtzahl 2.

Der ägyptische Gesandte, Exzellenz Zaghloul Pascha, verläßt Berlin wieder. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Ali Omar Serry Bey die Geschäfte der Gesandtschaft.

Belgien und Rußland.

Die Möglichkeit wirtschaftlicher Annäherung.

Brüssel, 8. 12. (Sonderbericht der D. A. Z.)

Auf die Initiative Banderveldes ist das Außenministerium zurzeit damit beschäftigt, alle Fragen zu untersuchen, die durch eine Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland entstehen können. Der Minister hat Anfrage gegeben, die Frage von verschiedenen Punkten aus zu untersuchen, 1. vom Standpunkt der Industrien, 2. der Besitzer russischer Wertpapiere, 3. der Kaufleute, 4. der Leute, die Kriegsschaden in Rußland erlitten haben. Einige belgische Geschäftsleute haben bereits Holz und Getreideladerungen von Rußland bekommen. Die Zonjetdelegierten sollen der belgischen Regierung zu verstehen gegeben haben, daß sie den russischen Erzeugnissen den Vorzug vor den über Rotterdam zu liefern würden, da letzterer Platz zu stark unter britischem Einfluß stände. Die belgische Regierung hätte ihre Ansicht über die de-jure-Anerkennung Rußlands nicht geändert. Unerläßliche Vorbedingung für die politische Anerkennung sei ein Uebereinkommen, das den belgischen Interessen in Rußland gerecht werde. Sobald aber ein Handelsabkommen geschlossen sei, wolle die Regierung einen beglaubigten Handelsagenten nach Rußland schicken.

„Kriegsrat" in Paris.

a. Paris, 8. 12. (Eigenbericht.)

Nach Schluß des gestrigen Kabinettsrats fand am Quai d'Orsay eine längere militärische Konferenz statt, an der Briand und der Kriegsminister Painlevé, die Marschälle Foch und Petain, die Generale Dubois und Guillaumat und der Generalstabschef General Destiker sowie der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Berthelot teilnahmen. Bei Beginn der Konferenz erklärte Briand zu den wartenden Journalisten: „Wir haben uns nacheinander mit allen militärischen Problemen eingehend beschäftigt, die derzeit die Aufmerksamkeit des Landes auf sich lenken: Marokko, Syrien, Reorganisation der Armee im Rheinland, neues französisches Militärgesetz usw." Und nach einer kurzen Pause fügte Briand hinzu: „Alles in allem habe er einen kleinen Kriegsrat zur Unterschreibung des Friedens zusammenberufen."

Ueber den Kabinettsrat, der gestern abend stattfand, wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: „Der Finanzminister Doucheur hatte den versammelten Ministern seinen finanziellen Zusammenhängen, der er dem Parlamente vorlegen wird, auseinandergesetzt. Dieses Projekt wird in einem Ministerrat, der morgen vormittag stattfindet, einer neuen Prüfung unterzogen werden. Der Kriegsminister hat den übrigen Kollegen seinerseits Opposition gefunden."

Finanzminister Doucheur selbst teilte mit, daß sich sein Finanzplan aus folgenden Gesetzvorlagen zusammensetzt:

1. ein Gesetz über die Schaffung neuer Steuereinnahmen in Höhe von acht Milliarden,
2. ein Gesetz über eine Amortisationskasse,
3. ein Gesetz zur Unterdrückung des Steuerbetrugs und der Kapitalflucht,
4. Gesetze, das das Regime der namentlichen Wertpapiere abändert,
5. Gesetz über den Austausch der Rente 1917 von Fall zu Fall,
6. Gesetze, das die Eisenbahntarife abändert,
7. Gesetz, das den Mechanismus der allgemeinen Einkommensteuer reformiert.

Ein Spionageprozeß in Paris.

Barmherzige Schwestern und das Flugwesen.

a. Paris, 8. 12. (Eigenbericht.)

Die geheimnisvolle Spionageaffäre, der die Pariser Polizei in den letzten Tagen auf die Spur gekommen ist, scheint weite Kreise zu ziehen. Wie bereits kurz berichtet worden, wurde kürzlich in Paris ein Abenteurer verhaftet, der sich als Marineoffizier ausgab und sich in militärische Kreise Eingang zu verschaffen wußte. Die Untersuchungsrichter fanden bei der Spionagezentrale Krankenschwestern, von denen besonders die eine, ein Fräulein Monsell, stark verdächtig erscheint. Angeblich soll sie bereits gestanden haben, daß sie Aufträge eines Auftraggebers, von dem sie ein monatliches Gehalt bezog. Informationen über die Organisation des französischen Flugwesens zu erlangen und an ihren Auftraggeber Pseudo wiederholte Reisen nach Straßburg, Bordeaux und andere Flugzentren unternahm. An allen amtlichen Stellen wird über die Angelegenheit das größte Stillschweigen beobachtet. Die Untersuchung wird natürlich weiterverfolgt. Enthüllungen darüber, ob Personen von hoher Stellung an dem Spionage erfolgt sein sollen, wurden bisher in der Presse vermieden.

In der Spionageaffäre Lionel Wiet und Marthe Moreuil, die sich auch Monsell nannte, kam es zu weiteren Verhaftungen, und zwar wurden drei Engländer, die Komplizen der Moreuil gewesen sind, auf heute Nachmittag bereits verhaftet. Diese drei Engländer besitzen Ausweispapiere auf die Namen William Fisher, Oliver Philipps und John Leather. Sie sollen in Paris als Agenten des Vertreter der englischen Firma Vickers-Burndent für drahtlose Apparate, deren Hauptsitz in Paris sich in der Rue Surésne 15 befindet. Alle bisher Verhafteten haben durchaus auffallend luxuriöses Leben.

Der „Matin" schreibt dazu: „Es verbreitet sich das Gerücht, die Beobachtung des Spionagenestes hätte klar ergeben, daß seine Mitglieder für die alten Kriegsmächte, vielleicht auch für ein anderes Land. Es ist zum mindesten befremdend, daß sich gleich nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages, dessen Bestimmungen bald ändern, daß die Locarnopartner gegenseitig ihre Erfindungen auf militärischem Gebiete austauschen, die Notwendigkeit für derartige Handlungen ergibt."

Die Pariser Sicherheitspolizei dagegen bestätigt sich, daß durch eine Indiskretion in seinem Amt die ganze Affäre in ihrem Endergebnis auf das schwerste gefährdet wurde. Da die Vorfälle gleichzeitig bei der Londoner Konferenz (19000) mehr das Betreuen, den schon formulierten Vertrag unter Dach zu bringen, als gegen die englischen Versuche, sich überall Hintertüren offenzuhalten, Front zu machen, so war die wohl auch später noch oft der Fall gewesen. Wäre man boshaft, könnte man auch an Locarno denken. Schon vielmal auch den Ausdruck „Sie haben Pfeffer!" Und Engländer „sprechen" mit Schiffen, so beiderseitiger Zufriedenheit gelöst haben würde. Die geringe Ehre der Ehrlichkeit, die bei dem Instrument der Marine nicht zu suchen wurde, wird bestehen. An Stelle der Frühjahrsoffensive von 1918 wäre ihm eine Konzentrierung aller Kräfte auf den rücksichtslosen U-Krieg lieber gewesen. Hinsichtlich des im „Dolchstoßprozeß" so viel erörterten Flugzeugbaues Schoeder (Mitvertreter der Ansicht, daß dieser zum „Großen Tag" der bis dahin aufgeparkten Flotte hätte werden können und daß es selbstverständlich Pflicht der Flotte war, der barbedrängten Armee unter vollem Einsatz zu helfen. In einem Anhange hat Scheer noch niedergegeben, was ihm über Seeerfolgen und „U-Boot-Krieg" vom Kriegsbeginn an durch den Kopf gegangen ist. Er kommt zu dem Schluß: Unsere deutsche Aufgabe im Kriege war es, den britischen Handbau der Unbesiegbarkeit zu zerbrechen und auch England zur Besolgung des völkerrechtlichen Grundsatzes zu zwingen: „Das Meer ist frei."

Admiral Hopman hat in einem schon früher erschienenen Buch „Das Logbuch eines deutschen Seeoffiziers" einen gefesselten Beitrag zur Geschichte unserer Zeit geliefert. In seinem neuen Buch „Von Jade zu Scapa" erschienenen „Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers" verlautbart er keine von hoher Warte aus gesehenen Kriegsereignisse. Ihn, der fleißig englisch, französisch und russisch spricht, hat der Weltkrieg der Stelle nach auf sehr interessante Posten gestellt. Was er über seine Eindrücke als Beobachter des Großadmirals v. Tirpitz in den ersten acht Kriegsmonaten im Großen Hauptquartier schreibt, ist historisches Quellenmaterial und hat seit, was Hopmann über seine Absichten und Pläne des Großadmirals hinsichtlich Einsatzes der Flotte preisgeben zu sollen gegeben haben. Ueber den Admiral v. Müller zitiert er den Sophistenspruch: „Wehe dem, der sich der Schwelle des Königs naht, ein Sklave tritt er über sie und bleibt es!" Auch Hopman urteilt scharf ab über die Oberwachtmeister, die Kaiserin und das mangelhafte Verständnis der O. H. L. hinsichtlich der „Küstenpionierruppe", der Flotte. Ueber Bethmann schreibt er: „Er ist immer überzeugt worden. Ein ungewöhnlich reiner Mensch, besonders in der Rolle des Staatsmanns, dessen Hauptfähigkeit die Kunst des Ueberwinden ist, wirkt komisch." „Die alte Monarchie, die ich im Hauptquartier kennenlernen mußte, sind die schmerzlichsten Erinnerungen meines Lebens." „Zu Zeitmessen hingegen, sagen — unklare, verunwirrungschaffende Kompromisse."

Hopman hat zweimal in der Offizin des dortigen Seestreitkräfte kommandiert. Zuletzt die Kreuzer bei der Deflaumenerhebung. Der Erfolg der Kriegsverbrechen ist dazumal in die persönlichen Erlebnisse auf Sonderkriegstheatern eingeflochten. Auch über die Marinemeuterei wird dabei gesprochen und Hopman kommt bei dieser Gelegenheit: „Als Clemenceau über die zahlreichen Todesstrafe gelegentlich der Meuterei von 16 französischen Armeekorps 1917 in der Kammer interpellierte, Frankreich zur Antwort: „Die Menschen sind für das Vaterland gestorben."

Ganz neu für viele ist das, was Hopman als Meßenstiftsandkommandant im Ostmarmer Meer über das verwirrende Verhalten der Sowjetrussen 1918 schreibt. Auch wir selbst haben diese Schilderungen ganz neue Perspektiven eröffnet. Er beklagt die Einsetzung von Kommissionen" in der Ukraine, die wir doch zum Freund gewinnen wollten, und ebenso die Ueberbeschleunigung der O. H. L. die von der Westfront aus die

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Unpolitische Tagesschau.

Berlin vom 8. Dezember 1925

Verlorene Jahre.

Ein Kapitel vom Warten.

„In Berlin möchte ich um die Welt nicht wohnen", sagt mir letzthin, da Anna, des Hauses Perle, da wird ja so entsetzlich viel gegehlen!" — Sie wirft etwas humoristisch, die Gute, wenn sie sich kaum in ein Warenhaus traut, aus Angst vor Taschendieben, und jeden Wartesaal für eine geheime Räuberhöhle hält. Und doch hat sie recht, wenn auch in einem anderen Sinne, als sie glaubt. Wir werden betohlen! in Berlin, täglich, stündlich, aber um ein Gut, das viel wertvoller ist als Tante Lenchens Reisekiste: um kostbare Zeit, zum Freude und Erholung, letzten Endes um unser Leben selbst. Allerdings: in so minimalen Bruchteilen vollzieht sich dieser Raub, daß wir seiner in der Hast des Alltagslebens gar nicht gewahr werden.

In der Frühe beginnt es. Man setzt sich zur gewohnten Frühstückszeit an den Kaffeetisch. Bergeblicke Mühe: noch kann die Stillung nicht beginnen, da Anna, des Hauses Stütze, vermißt gemeldet wird. Waren wirklich die Brötchen beim Bäcker noch nicht fertig, oder hat sie mit einer Kameradin lustige Gespräche gepflogen? Wie wirst du es ergründen, aber zehn Minuten kostbarer Morgenfrühe sind verloren. Der Briefträger rumpelt das Treppenhaus herauf, und Frau Anna, des Hauses Stütze, kommt gemeldet wird. Waren wirklich die Brötchen beim Bäcker noch nicht fertig, oder hat sie mit einer Kameradin lustige Gespräche gepflogen? Wie wirst du es ergründen, aber zehn Minuten kostbarer Morgenfrühe sind verloren. Der Briefträger rumpelt das Treppenhaus herauf, und Frau Anna, des Hauses Stütze, kommt gemeldet wird. Zehn Minuten unbewußt verlorene Zeit

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Neue Gesetzentwürfe.

Hypotheken in ausländischer Währung.

Durch eine Verordnung vom 13. Februar 1920 wurde für Hypotheken, durch ein Gesetz vom 29. März 1923 für Schiffspfandrechte die Eintragung in ausländischer Währung zugelassen. Bei Erlass dieser Vorschriften hoffte man, in wenigen Jahren wirtschaftlich über den Berg zu sein. Infolgedessen begrenzte man als Endtermin, nach welchem keine Eintragungen in ausländischer Währung mehr zulässig sein sollten, den 31. Dezember 1925. Leider hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Wir sind mehr als je auf Auslandskredit angewiesen, und, obwohl Deutschland inzwischen zu einer befestigten, auch im Ausland Vertrauen genießenden Währung gelangt ist, legen die fremden Gläubiger vielfach den Wert darauf, dass die Eintragung der ihnen zu bestellenden dinglichen Sicherung in ihrer Landeswährung erfolgt. Um die Erlangung ausländischer Kredite nicht zu erschweren, wird daher in einem vom Reichsjustizminister dem Reichstag am 1. Dezember eingebrachten Gesetzentwurf vorgeschlagen, den Zeitpunkt, bis zu dem Hypothekenschiffspfandrechte in ausländischer Währung eingetragen werden dürfen, um drei Jahre, bis zum 31. Dezember 1928, hinauszuschieben.

Erfreulich ist die Weiterbelastung der Grundbuchs und des Schiffsregisters mit Valutahypotheken nicht. Das Grundbuch ist schon durch die Aufwertungsgesetzgebung infolge des Anordnungs, dass die Aufwertungsbeträge in Goldmark — statt in Reichswährung — einzutragen sind, mit Hypotheken belastet, deren Reichsmarkwert erst nach einer Berechnung festzustellen ist. Dies ist für die von nachstehenden Hypotheken, zu gewährenden Kredite ein Moment der Unsicherheit. Auch die Eigentümerverbraucht verwirren das Grundbuch und erschweren die Erlangung von Realkredit. Wir weilen nur hoffen, dass Ende 1928 die Grundbücher wieder „bereinigt" sind und so übersichtlich gestaltet werden können, wie sie es vor dem Kriege waren.

Senkung der Lohnsteuer.

Nach dem neuen Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 wird — wie schon vorden — bei Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit ein Steuerabzug vom Arbeitslohn vorgenommen, die Steuer also durch Einbehaltung eines Lohnteils erhoben. Von diesem Arbeitslohn bleiben nach § 70 gegenwärtig 600 R.-M. jährlich als steuerfreier Lohnbetrag und 180 R.-M. zur Abgeltung der Werbungskosten und der Sonderleistungen (Beiträge an Kassen, Versicherungen, Berufsvertretungen usw.) frei.

Im Steuerausschuss des Reichstags wurde zum Sommer von vielen Seiten eine Begrenzung des Lohnsteueraufkommens verlangt. Das Reichsfinanzministerium erklärte darauf, das die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden nur dann balanciert werden könnten, wenn mindestens 1200 Millionen R.-M. auf die Lohnsteuer einkämen. Die Reichsregierung hatte sich jedoch bereit erklärt, an eine solche Senkung heranzugehen, wenn in zwei Kalendervierteljahren wesentlich mehr als zusammen 600 Millionen R.-M. an Lohnsteuer einkommen sollte. Durch das Gesetz über Beschränkung der Einnahmen aus der Lohnsteuer vom 3. September 1925 wurde ein entsprechendes Kompromiss gesetzmäßig festgestellt.

Nachdem vom April bis zum Oktober 1925 an Lohnsteuer insgesamt 869 Millionen R.-M. aufgekommen sind, will die Reichsregierung nunmehr ihre Zusage erfüllen, und schlägt eine Senkung der Lohnsteuer vor. Statt insgesamt 900 R.-M. (600 + 180) soll der steuerfreie bleibende Einkommensbetrag auf 1200 R.-M. (720: Lohnbetrag, 240: Werbungskosten, 240: Sonderleistungen) erhöht werden. Ab 1. Januar 1926 sollen also bei jedem Lohnsteuerpflichtigen 1200 R.-M. im Jahre steuerfrei bleiben. Das wird sich natürlich am stärksten für Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen auswirken, die somit infolge der Aufwertung zu einem Mehrbetrag für diesen kaufkräftiger werden. Lohnsteuerpflichtigen sind aber in dem Gesetzentwurf nicht vorgesehen, weil alsdann das vom Reichsfinanzministerium festgehaltene Mindestaufkommen von 1200 Millionen R.-M. jährlich nicht erreicht werden würde. Schon bei der jetzt vorgeschlagenen Senkung beträgt der Ausfall 237 Millionen R.-M. jährlich.

Dem Entwurf ist eine interessante Statistik beigefügt. Die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland beträgt etwa 22,3 Millionen. Hiervon verdienen etwa 3,3 Millionen nicht das steuerfreie Existenzminimum. Von den restlichen 19 Millionen Lohnsteuerpflichtigen sind lediglich etwa 4, verbleibt etwa 7,6 Millionen. Von den letzteren sind kinderlos rund 1,25, 1,45 Millionen haben 1 Kind und nur 121 000 haben 5 und mehr Kinder.

Von den Lohnsteuerpflichtigen hatten 1921 89,62 v. H. Einkommen bis zu 1800 G.-M. und nur 0,16 v. H. Einkommen über 15 000 G.-M. (30 000 G.-M.).

E. H.

Augebliche Schwierigkeiten bei der Stinnes-Abwicklung.

Wie wieder behauptet wird, sollen die Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Stinnes-Konzerns bis zum Dezember 1925 bestanden haben, bis zu den sogenannte „Stützungskonsortium" sich bereit erklärte, seine Forderungen an den Stinnes-Konzern zu stunden. Das Garantiekonsortium dagegen hatte noch bis Ende des Jahres 1926. Die ursprünglich erhoffte Abdeckung sämtlicher Schulden des Stillhaltekonsortiums hat sich nicht durchführen lassen. Diese Tatsache ist aber allen Konsortialmitgliedern seit langem bekannt. Eine Ueberraschung bedeutet sie daher keineswegs. Zurzeit schweben nun Verhandlungen über eine Verlängerung des Stillhaltekonsortiums, mit deren erfolgreichem Abschluss man bestimmt rechnet.

Um das deutsch-englische Farbstoffabkommen.

Die von verschiedenen Seiten aufgestellte Angabe, dass in Abwägung des deutsch-englischen Farbstoffabkommens neue Verhandlungen eingeleitet seien, und dass verschiedene Vertreter der deutschen Farbenindustrie schaft der chemischen Industrie demnächst in London die Verhandlungen aufnehmen würden, wird von maßgebender Seite als Ente bezeichnet. Es seien keinerlei Schritte in Aberde gestellt. Es seien keinerlei Schritte in Aberde gestellt. Es seien keinerlei Schritte in Aberde gestellt